

Wo stehen wir 20 Jahre nach dem Brandanschlag in Solingen?

Pressemitteilung vom 17. Mai 2013 (*Sperrfrist: 17. Mai 2013, 12.00 Uhr*)

Die bundesweite Veranstaltung „Wo stehen wir 20 Jahre nach dem Brandanschlag in Solingen?“, die am 27. Mai im historischen Plenarsaal des ehemaligen Bundestages in Bonn anlässlich des 20. Jahrestages des Brandanschlags in Solingen stattfindet, markiert den Höhepunkt der Kampagne des Landesintegrationsrates Nordrhein-Westfalen.

Der Landesintegrationsrat hat anlässlich des 20. Jahrestages des Brandanschlags in Solingen eine Kampagne gestartet und seine Mitglieder gebeten, mit eigenen Veranstaltungen ein klares Zeichen gegen Rassismus und Rechtsextremismus in den Kommunen zu setzen. Damit soll an möglichst vielen Orten in NRW an den Brandanschlag am 29. Mai 1993 in Solingen erinnert werden. In 38 Kommunen (Städteregion Aachen, Alsdorf, Arnsberg, Baesweiler, Bielefeld, Bonn, Bottrop, Dormagen, Dortmund, Duisburg, Düren, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Gronau, Harsewinkel, Herne, Herzogenrath, Hilden, Hürth, Iserlohn, Kamen, Köln, Leverkusen, Lippstadt, Mettmann, Minden, Moers, Mönchengladbach, Niederkassel, Oberhausen, Paderborn, Schwerte, Solingen, Stolberg, Troisdorf, Unna, Wesel) finden Aktivitäten zeitnah statt. Hierzu hat der Landesintegrationsrat auch den Kurzfilm 93/13 zur Vorführung bei den Veranstaltungen produzieren lassen.

Tayfun Keltek, Vorsitzender des Landesintegrationsrates Nordrhein-Westfalen: „Die Kampagne hat das Ziel, ein Zeichen gegen Rassismus und Rechtsextremismus aus Sicht der Migrantinnen und Migranten zu setzen. Dabei ist es uns sehr wichtig, 20 Jahre nach dem tödlichen Anschlag auf die Familie Genç in Solingen, Lehren daraus für das Handeln in heutiger Zeit zu ziehen.“ So veranschauliche laut Keltek der aktuelle Prozess gegen den rechtsterroristischen NSU zwar die lange verkannte Gefahr rechtsextremer Gewalt: „Doch diese Gewalt resultiert aus rassistischen Einstellungen. Um dem Rechtsextremismus wirkungsvoll begegnen zu können, muss der Rassismus als gesellschaftliches Übel in den Blickpunkt genommen werden. Das erfordert das gemeinsame Bekenntnis zu Deutschland als einer multikulturell verfassten Einwanderungsgesellschaft, die allen hier lebenden Menschen die gleichen gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten zuspricht“, so Keltek.

Der wissenschaftliche Direktor der Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZFTI), Prof. Dr. Haci-Halil Uslucan, verwies auf die Ergebnisse seiner aktuellen Studien: „Diskriminierungserfahrungen sind eindeutig integrationshemmende Faktoren. Sie führen nicht nur zu einer geringeren Bildungsbeteiligung, zu psychischen und physischen Schäden bei den Betroffenen sondern auch zu einer Re-Ethnisierung, einer Abwendung von der Mehrheitsgesellschaft, hin zu eigenen ethnischen Gruppe. Das ist aus integrationspolitischer Sicht fatal.“

Prof. Dr. Fabian Virchow, Leiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus, betont hierzu: „Der Brandanschlag in Solingen und die anderen rassistischen Gewalttaten davor und danach mahnen, nicht der Versuchung zu unterliegen, gesellschaftliche Probleme auf Kosten der Armen und Minderheiten lösen zu wollen – seien sie zugewandert oder nicht.“

<p>Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen Helmholtzstraße 28 • 40215 Düsseldorf Tel. 0211/994160 • Fax: 0211/9941615 info@landesintegrationsrat-nrw.de www.landesintegrationsrat-nrw.de</p>	<p>Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung Altendorfer Straße 3 • D-45127 Essen Tel.: 0201/3198-0 • Fax: 0201/3198-333 E-Mail: zft@zft-online.de www.zfti.de/</p>	<p>Forschungsschwerpunkt „Rechts- extremismus und Neonazismus“ der Fachhochschule Düsseldorf Tel.: 0211/811-4625 Fax: 0211/81-11490 E-Mail: forena@fh-duesseldorf.de www.forena.de/</p>	<p>Integrationsrat der Bundesstadt Bonn Oxfordstr. 19 ■ 53111 Bonn Tel.: 0228/77-2694 Fax: 0228/77-2696 www.integrationsrat.bonn.de</p>
--	--	---	---